



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Bartels, Hugo: Der britische Staatshaushalt

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

einigten Staaten heute erreicht werden kann, während das ungeheure Anschwellen der Einwanderung von Slawen, Italienern, russischen Semiten usw. nur daraus erklärt werden kann, daß die Lebensbedingungen in den Vereinigten Staaten heute noch so sehr viel besser sind als in den Auswanderungsländern.

Zusammengefaßt: Es ist ganz unmöglich, aus den Vereinigten Staaten jemals ein deutsches Land mit deutscher Sprache zu machen. Wenn es dem Deutschen Reiche schwer wird, trotz dem ungeheuern Übergewicht seiner deutschsprechenden Bevölkerung, zum Beispiel seine polnischen Angehörigen in der Sprache und anderweitig zu verdeutschern, wie gänzlich aussichtslos würde unter den in den Vereinigten Staaten vorhandenen Bedingungen das Bemühen der deutschen Minderheit sein, sich die überwältigende — immer mehr zunehmende — Mehrheit zu assimilieren.

Es gilt — auch im Völkerverleben — dem Erreichbaren zuzustreben. Und alles, was sich von den Deutschen in den Vereinigten Staaten erreichen läßt, ist eine Bereicherung der amerikanischen Sprache, eine Verstärkung und Erneuerung ihres deutschen Stammes, und im amerikanischen Volke der Zukunft eine starke Beimischung deutschen Charakters, deutscher Seele und deutschen Geistes.



Der britische Staatshaushalt

Von Hugo Bartels



England gehört zu den Ländern, die frühzeitig zu nationaler Einheit gelangt sind, und es steht unter ihnen obenan darin, daß es nach Überwindung des Feudalismus als erstes ein modernes Staatswesen entwickelt hat. Auf der Staatsordnung der Tudors beruht die ganze großartige Entfaltung Englands in der Neuzeit, ein Beweis, daß sie dem Lande und dem Volke angemessen war. Ihre Grundzüge lassen sich auch noch in den Verhältnissen von heute erkennen. Die Regierungsmaschine ist in der Anlage noch dieselbe wie die der Zeit Elisabeths, sie ist bloß umfangreicher geworden, entsprechend den höheren Anforderungen, die an einen Staat gestellt werden, der eine wohl zehnfach größere Bevölkerung und einen die Welt umspannenden Gürtel von Kolonien sein eigen nennt. Der Staatshaushalt unter Elisabeth rechnete mit Tausenden, wo man jetzt mit Millionen schaltet.

Zum Kriegführen gehört Geld, Geld und nochmals Geld. Aber zur Leitung eines Staates in friedlichen Zeiten ist Geld nicht minder notwendig. Der patriarchalische Hirtenstaat — wenn man die Bezeichnung Staat dafür anwenden darf — konnte ohne Geld so wenig bestehen wie der römische Kulturstaat, nur gebrauchte er als Zahlungsmittel die wirklichen Tiere seiner Herden, während der Römer sich des gemünzten Metalls bediente und bloß in dem Namen pecunia die Erinnerung an den ursprünglichen Wertmesser festhielt,

wie auch das englische *fee*, das eine Gebühr bedeutet, nichts anderes ist als unser Vieh, altenglisch *feoh*.

Man kann geradezu sagen, die Geschichte eines Staates ist die Geschichte seiner Finanzen, wobei natürlich Staat nicht als Volk aufgefaßt werden darf. Denn in der Geschichte eines Volkes spielen die rein sittlichen Kräfte von Religion, Kunst und Wissenschaft eine wichtige, die Religion oft sogar eine ausschlaggebende Rolle, während der Staat vor allem eine Organisation zu Schutz und Förderung der greifbaren, durch Geld meßbaren Werte ist, jedoch ohne darauf beschränkt zu sein oder sich darauf beschränken zu dürfen. Eine scharfe Scheidung wäre auch an sich schon unmöglich, weil sich rein geistige Ergebnisse, zum Beispiel in den Naturwissenschaften, oft als recht wertvoll auch in materieller Beziehung erweisen. Bei allen zivilisierten Staaten finden wir darum eine größere oder geringere Würdigung und Berücksichtigung dieser sittlichen Kräfte. Doch das Maß der Unterstützung durch den Staat hängt, wenigstens bei Kunst und Wissenschaft, wieder von dem Stande seiner Geldmittel ab und führt uns wieder zu der leidigen Geldfrage als der wichtigsten im ganzen Staatsleben zurück.

Wo ein Staat große Aufwendungen machen kann für Kunst und Wissenschaft, da ist wohl ein Schluß auf den Wohlstand seiner Bürger erlaubt. Verfehlt dagegen wäre umgekehrt zu schließen, daß wo der Staat zurückhält, das Volk arm sein müsse. Mit Sicherheit läßt sich in diesem Falle nur folgern, daß der Staat seine Kreise eng gezogen hat; aber die Möglichkeit einer hohen Blüte von Kunst und Wissenschaft wird dadurch nicht ausgeschlossen.

Der britische Staat liefert den Beweis. Großbritannien hat hervorragende Dichter, Denker, Gelehrte und Künstler in Fülle hervorgebracht, und der Staat hat keinen Anteil daran gehabt. Der Reichtum der gebildeten Stände und ihr Gemeinssinn reichten aus, sein Eingreifen entbehrlich zu machen und ihm als Aufgabe nichts als den Schutz der rein materiellen Güter anzuweisen. In neuerer Zeit freilich ist der Brite von seinem ablehnenden Verhalten gegen den Staat zurückgekommen, weil er die Notwendigkeit besserer Organisation einsehen, und er hat der Staatsfürsorge weite Gebiete überantwortet, die er früher der Betätigung des Einzelnen vorbehalten zu müssen glaubte. Das hat nicht verfehlt, eine gewaltige Veränderung im Staatshaushalte zu bewirken, und so kann man gerade von Großbritannien sagen, daß sich seine Entwicklung in seinen Finanzen abspiegelt.

Der Feudalstaat beruhte wesentlich auf Naturalwirtschaft. Erst der moderne Staat mit seiner Zusammenfassung der Verwaltung konnte ein eigentliches Finanzwesen entwickeln. Unter dem englischen Feudalssystem, das den König, den Oberlehnsherrn als den einzigen wirklichen Eigentümer alles Landes ansah, konnte keine Unterscheidung zwischen dem Einkommen des Königs und dem des Staates gemacht werden. Der König war der Staat. Alle Bedürfnisse des Königreichs in Krieg und Frieden mußten aus seinen Einnahmen bestritten werden, die zum Teil in dem Ertrage seiner eignen, ursprünglich, d. h. unter Wilhelm dem Eroberer, sehr großen Güter bestanden, teils aus den mancherlei Abgaben flossen, die ihm als Oberlehnsherrn von den Vasallen zustanden.

Durch kostspielige auswärtige Kriege und verschwenderische Hofhaltung schmolz jedoch das Krongut bald zusammen, und der König sah sich oft genötigt, seine lieben und getreuen Untertanen um Beihilfen anzugehn, die wohl bewilligt wurden, aber auch zu einer Beschränkung der königlichen Macht führten und den Geldgebern einen großen, ja überwiegenden Einfluß auf die Leitung der Reichsangelegenheiten verschafften, bis die Vernichtung des Großadels in den Rosenkriegen dem Königtum seine frühere Stellung wiedergab. Die Einziehung des Kirchengutes in der Reformationstattete das Königtum auch wieder mit reichen Mitteln aus. Aber für die großen Aufgaben, die England in der Neuzeit zu lösen hatte, für die Begründung und die Verteidigung eines den Erdkreis umspannenden Kolonialreichs hätten auch die Reichtümer der Kirche nicht ausgereicht, auch wenn sie durch sorgfältige Verwaltung noch vermehrt, anstatt verschleudert und vergeudet worden wären. Elisabeth vermochte bei ihrer sparsamen, um nicht zu sagen knauserigen Wirtschaft noch auszukommen, weil sie sich von äußern Verwicklungen fernhielt. Ihre Nachfolger kamen nie aus der Geldverlegenheit heraus und mußten, was sie zu vermeiden gewußt hatte, sich wieder und wieder um Unterstützung an die im Parlamente vereinigten Reichsstände wenden.

Das siebzehnte Jahrhundert ist erfüllt von innern Kämpfen, in denen es sich darum handelt, wie Mittel für die wachsenden Bedürfnisse des Staates zu finden sind, und wie ihre Verwendung gegen Mißbrauch durch die Krone gesichert werden kann. Nun vermag wohl eine unumschränkte Regierung ein Land ebenso gut, unter begabten, kräftigen und pflichtgetreuen Fürsten sogar besser zu verwalten als eine, die durch Stände oder Volksvertretung beschränkt ist, wie das Beispiel des Hohenzollernstaates zeigt. Doch auch hier hat sich bei der Erweiterung der Staatsaufgaben und der Staatslasten die Teilnahme einer Volksvertretung notwendig erwiesen, während in Frankreich die Überspannung der Selbstherrlichkeit und das Überwiegen der Herrscherrechte über die Herrscherpflichten zu einer Fäulnis des ganzen Staates und zum Fall des Königtums geführt haben. Den Stuarts in England ist ihr Bestreben, es den Bourbonen gleich zu tun, übel ausgefallen. Wenn wenigstens ihre Politik große Erfolge nach außen gehabt hätte, so wäre ihnen vieles nachgesehen worden. Cromwell war in seiner Mißachtung des Parlaments um kein Haar besser als Jakob oder Karl und überdies ein gut Teil gewalttätiger. Bessere Leistungen hatte er aufzuweisen, aber dafür forderte der Staatshaushalt unter ihm weit größere Summen als die Beträge, die man seinen Vorgängern am Ruder mißgönnt hatte. Die Mißstimmung, die durch Cromwells schwere Hand entstand, erklärt es, daß man den Stuarts nach ihrer Wiederherstellung noch einmal mit einem Vertrauen begegnete, das sie durch ihre Vergangenheit nicht verdient hatten und sehr schnell auf Nimmerwiederkehr zu verschärzen verstanden.

Die Thronbesteigung des Draniers ist wie für die ganze englische Verfassung so auch für den Staatshaushalt der Ausgangspunkt der neuern Entwicklung, in der das Einkommen des Königs von dem des Staates streng geschieden ist, und in der die Partei, die im Parlamente die Mehrheit hat, den

Ausschlag gibt. Der Weg zur Staatskrippe konnte früher nur durch den König eröffnet werden, jetzt wurde der Schlagbaum von einer vielköpfigen Parlamentsmehrheit gehütet, hinter der eine zahlreiche hungrige Betterschaft stand, die versorgt werden wollte. Wo es früher einen Schmarotzer gab, gab es nun zehn. Statt Einschränkung brachte also die neue Ordnung eine Steigerung der Ausgaben auf eine Höhe, für die das althergebrachte Einkommen der Krone auch mit Hilfe von neuen Steuern nicht ausreichte.

Die Kronländereien, die nach der frühern Verschleuderung noch übrig waren, warfen nur noch verhältnismäßig wenig ab. Die Zölle dagegen, die sich mit Sicherheit bis auf die Zeit Richards des Ersten zurückverfolgen lassen, fingen an bessere Erträge zu liefern und sich mit dem Aufblühen des Handels zu einer Haupteinnahmequelle des Staates auszuwachsen. Im Mittelalter hatte die Krone nicht geringen Nutzen aus den feudalen Rechten gezogen, als da waren Gebühren für Nachfolge in ein Lehen, Vormundschaft minderjähriger Erben, Heimfall und Einziehung von Lehen. Ferner erhielt die Krone Subsidien, die auf dem Danegeld der Angelsachsen beruhten und vornehmlich auf dem Lande als dem Hauptreichtum hafteten. Weitere Einnahmequellen waren die Herdsteuer, oft auch eine Kopfsteuer, Monopole und mehr oder weniger freiwillige, unter Johann ohne Land sogar durch die Überredungskraft des Hofzahnausreißers bewirkte „Anleihen“ bei reichen Leuten.

Bis auf die feudalen Abgaben sind alle diese Einnahmen, wenn auch zum Teil unter andrer Form und anderm Namen, in unsre Zeit herübergegangen. Die feudalen Verpflichtungen des Adels und der Ritterschaft gegen die Krone, unter denen die Herren im Genuße ihrer Güter waren, wurden unter Karl dem Zweiten aufgehoben, ein Zeichen des wachsenden Einflusses der Gesellschaftsklasse, die bald darauf in der glorreichen Revolution die Herrschaft an sich riß. Es fand keine Ablösung statt, der Befreiung stand keine Gegenleistung gegenüber, und die Herren sahen zu, daß ihre Rechte gegen ihre Hinterlassen unangetastet blieben. Für den Staatshaushalt war der Ausfall fühlbar genug und mußte auf irgendeine Weise wett gemacht werden. Die Ausgleichung geschah durch eine neue indirekte Steuer, die excise duty auf Bier, Wein, Spirituosen usw., die heute an Ergiebigkeit mit den Zöllen wetteifert.

Obwohl sich nun mit dem steigenden Wohlstande das Einkommen des Staates unter Wilhelm von Dranien mehr als verdoppelte, so reichte es doch bei weitem nicht für die Bedürfnisse aus. Daß die ganze Verwaltung kostspieliger wurde, ist schon erwähnt worden. Dazu kam aber noch, daß England jetzt begann, in die Angelegenheiten des Festlandes tätig einzugreifen und den Wettkampf mit Frankreich aufzunehmen.

Wie verhängnisvoll das Fehlen eines geordneten Finanzwesens ist, das weiß niemand besser als das deutsche Volk. Mit dem Scheitern des Reichsregiments und des Planes, dem Reiche durch den gemeinen Pfennig oder durch Reichszölle ein sicheres Einkommen zu verschaffen, hörte Deutschland auf, ein Staat zu sein, und gerade in der wichtigen Zeit, wo die Neue Welt erschlossen wurde, versagte es sich die Mittel zu überseeischer Ausdehnung, an

der teilzunehmen es nach Volkszahl und wirtschaftlicher Kraft zu allererst berufen war. Mit dem unzulänglichen Mittel der Matrikularbeiträge hat das alte Reich noch dreihundert Jahre lang nur ein Scheindasein geführt. Wirkliches Leben konnte nicht in ihm sein.

In England dagegen war Leben, volles kräftiges Leben. Da standen der Regierung, als sie ihre Blicke unter Wilhelm dem Dritten nach außen wandte, nicht bloß Zölle und Steuern zur Verfügung, sondern sie konnte, wenn die regelmäßigen Einkünfte nicht ausreichten, auf den Kredit des Landes zurückgreifen und ihre Bedürfnisse aus Anleihen decken. Das gab dem englischen Volke in seinem Ringen um die Handels- und Seeherrschaft eine Kraft, der auch die beispiellose Korruption des achtzehnten Jahrhunderts nichts anhaben konnte. Nichts kennzeichnet den Unterschied der stuartischen Zeit und der Wilhelms des Dritten besser als die Benutzung des Kredits. Bei Karl dem Zweiten war er noch persönlich, und die „Anleihe“ von 1323 000 £, die er mit Mühe von den Goldschmieden von London aufbrachte, unterschied sich nur dem Namen nach von einem erpressten Geschenke. Unter Wilhelm dem Dritten ging man anders zu Werke. Von der Bank von England, die eigens für den Zweck gegründet und mit Vorrechten begabt wurde, erhielt die Regierung ein Darlehen von 1 200 000 £, von der Ostindischen Gesellschaft eins von 2 000 000 £. Beide bildeten den Grundstock der festen oder fundierten Schuld, so genannt, weil ihre Verzinsung durch Anweisung fester Beträge aus den Steuern gesichert war. Auf die feste Schuld wurde 1706 auch ein Teil der von Karl dem Zweiten bei den Goldschmieden gemachten Anleihe übernommen, wobei diese aber auf alle rückständigen Zinsen verzichten mußten. Was die von ihr selbst eingegangenen Verpflichtungen betrifft, so kam die Regierung Wilhelms ihnen jederzeit nach, und dadurch gewann sie bei der Geschäftswelt ein Vertrauen, das ihr in ihrer ewigen Geldverlegenheit sehr zustatten kam. Gewiß mußte den Geschäftsleuten alles daran liegen, eine Rückkehr der Stuarts zu hindern und die neue Ordnung zu stützen. Doch wenn sie ausgeplündert worden wären, wer weiß, ob sie sich nicht eines andern besonnen und ihren Einfluß wieder auf die Seite des vertriebenen Königshauses geworfen hätten? Doch solange die Regierung ihre Verpflichtungen erfüllte und für den englischen Handel eintrat, hatten sie keine Ursache, die Stuarts zurückzuwünschen. Außer den genannten Summen der festen Schuld erlaubten sie dem Staate, sich eine bedeutende schwebende Schuld aufzuhalsen, die 1697, nur neun Jahre nach der Vertreibung Jakobs, schon 13 Millionen überschritt.

Die Anleihen mochten notwendig sein. Ob es aber notwendig war, dabei wie ein leichtsinniger, junger Fant zu verfahren, der ohne einen Gedanken an die Zukunft alles bewilligt, nur um für den Augenblick Geld zu erhalten? Ein oft gebrauchtes, und wenn vernünftig gehandhabt, empfehlenswertes Mittel der Schuldentilgung ist die Zahlung von Jahresrenten auf eine bestimmte Spanne Zeit, nach deren Ablauf das Kapital als zurückgezahlt gilt, und jeder Zinsanspruch erlischt. Wenn sich aber eine Regierung, wie damals die englische tat, für eine Summe von etwas über 100 £ zu einer Rente von 14 £

auf neunundneunzig Jahre verpflichtet, so kann man das nur als leichtsinnige Schuldenmacherei bezeichnen. Eine solche Rente entspricht einem einfachen Zinsfuße von dreizehn Prozent, der nur im höchsten Notfalle gerechtfertigt ist, und in einer solchen Zwangslage ist England nie gewesen. Daß daneben auch das von Mephistopheles dem Kaiser empfohlne Papiergeld nicht vernachlässigt wurde, braucht kaum besonders erwähnt zu werden.

Unter der Königin Anna war infolge des Spanischen Erbfolgekriegs und der Mißwirtschaft Marlboroughs und seiner Freunde an Sparsamkeit noch weniger zu denken, und bei Ausgaben, die das Dreifache der Einnahmen ausmachten, war ohne eine starke Vermehrung der Staatsschuld nicht auszukommen. In den zwölf Jahren der Königin Anna wuchs sie auf 36 Millionen an, die für Verwaltung, Zinsen und Tilgung über 3 Millionen jährlich beanspruchten aus einem Gesamteinkommen des Königreichs von weniger als 6 Millionen.

Unter dem ersten Georg tauchte dann bei der Südsee-Gesellschaft, die dem Staate schon 10 Millionen vorgestreckt hatte, der Plan auf, die ganze Schuld durch Umwandlung in Südseeaktien zusammenzufassen. Wo die Regierung so leichtsinnig war, ist es nicht zu verwundern, daß auch weite Kreise des Volks es waren und blindlings in den Strudel der Spielwut stürzten. Die Hoffnung, mühelos durch Spekulation reich zu werden, trieb die Aktien immer mehr in die Höhe, bis das unvermeidliche Ende des Schwindels kam, und die Seifenblase platzte. Auf solchem Wege war die Schuldenlast nicht abzuschütteln oder zu erleichtern. Beim Tode Georgs jedoch betrug der jährliche Aufwand nur $2\frac{3}{4}$ Millionen, obgleich die Schuld selbst auf mehr als 50 Millionen angewachsen war. Die Besserung war eine Folge der Herabsetzung des hohen Zinsfußes früherer Anleihen, der bei dem überraschend schnellen Aufblühen des Handels und der sich daraus ergebenden Stärkung des Staatskredits unverantwortlich war und eine gesunde Wirtschaft schlechterdings ausschloß. Auch sonst ließen sich die Dinge besser an, und die friedliche, nur auf Förderung von Handel und Gewerbe bedachte Verwaltung Walpoles während der ersten Zeit Georgs des Zweiten erlaubte sogar so viel zu erübrigen, daß die Schuld auf $46\frac{1}{2}$ Millionen hinunterging. Wäre nicht die Korruption der ganzen Regierungsmaschine gewesen, so hätte noch mehr geleistet, und bei Fortdauer des Friedens die ganze Schuld in weniger als einem Menschenalter getilgt werden können.

Aber auch eine langsame Abtragung wurde verhindert durch das Ende des Friedens. Denn 1739 begann die Zeit der großen Kriege um die Herrschaft über die Meere, die von Britannien zur See mit seiner Flotte, auf dem europäischen Festlande aber vornehmlich mit seiner Kapitalkraft durch finanzielle Unterstützung seiner Verbündeten geführt wurden. Die Hilfgelder an diese und die eignen Rüstungen verschlangen ungeheure Summen, und dabei blieb die Kostspieligkeit der Verwaltung im vollen Umfange bestehen, aus Rücksicht auf die Parlamentsmitglieder und ihren versorgungsbedürftigen Anhang. So mußte der Staatskredit fortwährend und in immer gesteigertem Maße in Anspruch genommen werden.

Die nachstehende Aufstellung gibt die Hauptstufen im Anwachsen der gesamten Staatsschuld, der festen wie der schwebenden, seit 1739.

1739	46613000 £	Krieg mit Spanien
1748	75812000 „	Ende des Österreichischen Erbfolgekriegs
1763	138865000 „	Ende des Siebenjährigen Kriegs
1775	127162000 „	Beginn des amerikanischen Unabhängigkeitskriegs
1783	231843000 „	Ende des amerikanischen Kriegs
1793	247874000 „	Krieg gegen das revolutionäre Frankreich
1802	537653000 „	Friede von Amiens
1816	900436000 „	Ende der napoleonischen Kriege
1854	808024000 „	Beginn des Krimkriegs
1856	837123000 „	Ende des Krimkriegs
1857	838918000 „	Indischer Aufstand
1899	627562000 „	Beginn des Burenkriegs
1903	770778000 „	„

Im achtzehnten Jahrhundert war seit 1739 nur die Zeit von 1763 bis 1775 imstande, einige Millionen abzuzahlen. Der amerikanische Krieg ließ die Schuld wieder stark anschwellen, und endlich die napoleonischen Kriege brachten sie auf ihren höchsten Punkt. Manchesmal wohl mochten den Ministern Bedenken aufsteigen. Nur ein paar Jahre nach dem Beginn der Revolutionskriege glaubte Pitt, mit einer weiteren Anleihe von 20 Millionen würde der Kredit des Staates erschöpft sein. Aber das Land hielt noch mehr aus, trotz einer Reihe schlechter Ernten und trotz schwerer Störungen des Handels. Gegen die Anleihen, die noch zu machen waren, erscheinen alle frühern fast als geringfügig, und am Ende der napoleonischen Zeit fand sich das Vereinigte Königreich mit der ungeheuern Schuld von mehr als 900 Millionen Pfund belastet.

Dabei hatte der Staat keineswegs 900 Millionen wirklich erhalten. Gegen die frühere Gewohnheit eines hohen Zinsfußes wurden in der Zeit, als Anleihe auf Anleihe folgte, meistens nur 3 oder 4 Prozent gewährt. So gut stand nun der Staatskredit nie, daß ein solcher Zinsfuß die Geldleute angelockt hätte. Die Anleihen konnten nur zum Kurse von etwa sechzig angebracht werden, sodaß der wirkliche Zinsfuß bedeutend höher war. Was aber die Geldleute wirklich anzog und sie bewog, lieber einen niedrigen Zinsfuß bei niedrigem Kurse als einen höhern Zinsfuß bei vollwertigem Kurse zu nehmen, war die Möglichkeit, mit solchen Anleihen ein spekulatives Geschäft zu machen, und das erklärt die Leichtigkeit, mit der die Regierung immer Geld erhalten konnte, wobei natürlich der Reichtum, den England aus dem Handel zog, die notwendige Voraussetzung war. Es darf auch nicht übersehen werden, daß England im Besitze der Seeherrschaft unangreifbar war, und die Darleiher über die Sicherheit ihres Kapitals beruhigt sein konnten. Sie brauchten nur den Staatskredit zu stützen, und alles mußte gut ablaufen.

Für die Geldleute also war die Weise der Anleihebegebung vorteilhaft. Sie heimsten beim Steigen des Kurses eine reiche Ernte ein. Anders aber lag die Sache für die Steuerzahler. Denn sie hatten nicht nur das aufgenommene Geld weit höher zu verzinsen, als angegeben war, sondern sie mußten

obendrein ein viel größeres Schuldkapital tilgen. Um den vollen Nennwert der Anleihe zu erhalten, wäre natürlich ein höherer Zinsfuß als drei oder vier nötig gewesen. Aber das Schuldkapital wäre um mehr als ein Drittel niedriger geblieben, und in bessern Zeiten hätte der Zinsfuß leicht herabgesetzt werden können. Ein so geringer Satz wie 3 Prozent ließ in absehbarer Zeit keine Minderung zu, und erst ganz vor kurzem, 1902, ist es möglich gewesen, ihn auf $2\frac{1}{2}$ Prozent herabzusetzen. Noch heute hat der britische Steuerzahler Zinsen aufzubringen für viele Millionen, die der Staat vor hundert Jahren nicht erhalten hat.

Es scheint ein Widerspruch, ist aber nichtsdestoweniger wahr, daß die Schuldentilgung selbst nicht wenig zur Vermehrung der Schulden beigetragen hat. Nach dem ersten Versuche Walpoles nahm 1786 Pitt die Frage einer regelmäßigen Schuldentilgung wieder auf, obwohl er selbst in diesem Jahre mit einem Fehlbetrage zu rechnen hatte. Ein besondrer Tilgungstrock sollte durch Zinsezins die ganze Schuld allmählich abtragen. Doch nur Verluste ergaben sich aus seinem Wirken. Denn bis 1815 forderte die Kriegführung Anleihe auf Anleihe in immer größern Beträgen, und das Einkommen reichte nie für die Ausgaben aus. Nur um dem Gesetze gemäß einen Teil der alten Schuld abzukaufen, mußte eine neue gemacht werden, und da der Kurs der alten jedesmal höher stand als der Kurs, zu dem die Regierung Geld erhalten konnte, so bedeutete die ganze Tilgungskomödie nichts, als daß die alte Schuld gegen eine um 4 bis 7 Prozent höhere neue umgetauscht wurde. Trotzdem hielt man noch lange an dem widersinnigen Plane fest, und erst 1829 bequeme man sich zu der einfachen Einsicht, daß eine Schuldentilgung nur mit einem Überschuf der Einnahmen über die Ausgaben durchgeführt werden kann.

Eine solche vernünftige Schuldentilgung war möglich nach dem Abschlusse der napoleonischen Kriege, der das festländische Europa erschöpfte, Großbritannien aber im Besitze der Seeherrschaft und einer Industrie ließ, der sich auf der ganzen Erde keine an die Seite stellen konnte. So groß die Last war, die sich Großbritannien aufgebürdet hatte, für den wachsenden Wohlstand war sie nicht zu groß. Die Besorgnisse vor einem Zusammenbrechen des Staatskredits hatten sich als unberechtigt gezeigt, und es fehlte nicht einmal an Stimmen, die in der großen Staatsschuld etwas Wohltätiges sahen. Soweit ging zwar die Regierung nicht, aber sie strengte sich auch nicht übermäßig an, die Schuld zu verringern. Die Anleihen, die durch die Leuerung in Irland, den Krimkrieg und andre Ereignisse nötig wurden, hielten sich in verhältnismäßig bescheidenen Grenzen. Wenn man bedenkt, daß der größte Teil der Schuld, volle 773 Millionen, seine Entstehung der kurzen Spanne von vierzig Jahren von 1775 bis 1815 verdankt, so ist es deshalb keine besondere Leistung, daß die fünfundachtzig übrigen Jahre des durch wirtschaftliche Blüte ausgezeichneten neunzehnten Jahrhunderts die Gesamtsumme nur um 273 Millionen vermindert haben. Durch den Burenkrieg ist dann die Schuld wieder bedeutend gestiegen, nämlich von $627\frac{1}{2}$ auf $770\frac{3}{4}$ Millionen, und am 31. März 1905 betrug sie 796 736 490 £.

Der gegenwärtige Bestand der Schuld ist gewiß alles andre als gering, aber er flößt niemand Besorgnisse ein, und trotz der Herabsetzung des Zinsfußes der festen Schuld auf $2\frac{1}{2}$ Prozent hält sich der Marktpreis doch ungefähr auf der Höhe der preußischen dreiprozentigen Staatspapiere, hinter denen das ganze große Vermögen des preußischen Staates steht, während das Vermögen des britischen Staates verschwindend gering ist. In etwas mag der verhältnismäßig hohe Preis der Konsols beeinflusst sein durch die in England herrschende Neigung zu Vermögenspflegschaften. Das Gesetz läßt den Pflegern nur eine ziemlich geringe Zahl von Anlagewerten zur Auswahl, unter denen die Staatsschuld selbstverständlich obenan steht. Die starke Nachfrage nach mündelsicherer Anlage wird also Einfluß auf den Marktpreis ausüben; doch bei der großen Masse der Schuld kann er nicht stark sein. In der Hauptsache ruht die Bewertung doch auf dem Vertrauen der Staatsgläubiger auf die Fähigkeit des Staates, seine Verpflichtungen pünktlich erfüllen und die Güter seiner Bürger überall schützen zu können. Die britische Flotte ist die stärkste Stütze des Staatskredits. Nur einmal, 1798, ist der Staatskredit ins Schwanken gekommen, und der Kurs der Konsols bis auf $47\frac{1}{2}$ gefallen; doch die Erkenntnis dessen, was auf dem Spiele stand, half schnell über den gefährlichen Zustand hinweg, die Erfolge zur See stellten das Vertrauen wieder her, und die Regierung konnte in den folgenden Jahren noch Hunderte von Millionen Pfund aufnehmen, ohne einen Zusammenbruch befürchten zu müssen.

(Fortsetzung folgt)



Plato



berflächlich gesehen steht keine Zeit der griechischen Philosophie ferner als unsre realistische. Der Tiefschauende jedoch gewahrt deutlich, daß zwei starke Bänder die beiden aneinander fesseln: das exakte Denken und die Religion. Die unsre heutige Welt beherrschende Technik ruht auf den Naturwissenschaften, und diese würde alles Beobachten und Experimentieren nicht geschaffen haben ohne die in der Schule der Alten erworbne Kunst und Gewohnheit des streng logischen Denkens. Seitdem Wilamowitz-Moellendorf sein Griechisches Lesebuch herausgegeben hat, kann sich jeder ohne großen Zeitaufwand davon überzeugen, wie die Griechen mit ihren philosophischen Denkgewohnheiten die Mathematik, die Astronomie, die Geographie, die Physik begründet haben, und daß die großen Physiker des sechzehnten und des siebzehnten Jahrhunderts den fallen gelassenen Faden nur wieder aufzunehmen und fortzuspinnen brauchten. Gingen diese Denkgewohnheiten verloren, hörte die logische Schulung auf, so würden die Naturwissenschaften in rohe Empirie versinken und auf der von den großen Forschern erreichten Stufe stehn bleiben, wie sie vor Jahrtausenden bei den Asiaten stehn geblieben sind. Das andre Band ist die Religion. Die